

Michael Winkler

Bemerkungen zum 14. Kinder- und Jugendbericht¹

(Zum Druck angenommen von der Sozialwissenschaftlichen Literaturreischa!)

Deutscher Bundestag: 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode Drucksache 17/12200. Hrsg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2013 (Seitenangaben ohne weiteren Hinweis beziehen sich auf diesen.)

1. Wie Bücher haben offensichtlich auch die Kinder- und Jugendberichte ein eigenes Schicksal, die für den deutschen Bundestag, die politisch interessierte und die fachliche Öffentlichkeit alle vier Jahre erarbeitet werden: Kaum vorgelegt werden manche sofort intensiv diskutiert, vielleicht weil sie neue Perspektiven für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen oder für die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe eröffnen: Der sechste ist in Erinnerung, der sich auf die Lebenslage von jungen Frauen konzentrierte, der zehnte selbstverständlich, da er Kinder besonders in die Untersuchung einbezogen hat, zuletzt dann der 13. Kinder- und Jugendbericht. Er hat sich auf den schwierigen Weg gemacht, im Gespräch mit der Medizin die Frage nach der Gesundheit junger Menschen zu stellen. Oft schienen die Themen dabei „eigentlich“ selbstverständlich, dennoch haben erst die Jugendberichte sie in einem geradezu paradigmatischen Wechsel ins Gespräch gebracht und verstetigt. Manche sind deshalb klassische Texte der Sozialpädagogik geworden, fast Lehrbücher, wenigstens aber Referenzwerke. So etwa der achte Bericht, der mit seiner Ausrichtung an Alltag und Lebenswelt die Grundlagen für ein neues fachliches Selbstverständnis der Jugendhilfe wie für ihre rechtliche Neuregelung im KJHG gelegt hat. Andere wurde zunächst weniger beachtet, dann aber doch Standardwerke, wie der neunte Bericht, der sich mit der Wiedervereinigung befasste.

Allerdings besagt die Aufnahme eines Jugendberichts in der Öffentlichkeit, in Politik und Fachdiskursen wenig über seine Qualität, ganz abgesehen davon, dass die Wirkung zuweilen subkutan erfolgt. Walter Hornstein, selbst verantwortlich für den fünften Jugendbericht, der den Anfang einer sozialwissenschaftlich angelegten, struktur- und akteursbezogenen Beschreibung und Analyse markiert, hat fast resigniert die Grenzen einer Politikberatung durch Sozialberichte festgehalten (vgl. Hornstein 1999); man kann sogar bezweifeln, dass Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit sich ernsthaft beeindruckten lassen. Zudem wirken sich tagespolitische Konstellationen bei der Rezeption der Berichte aus, sodass mancher

¹ Der Text stützt sich auf einen Vortrag anlässlich eines Fachtags, den der Hessische Städtetag am 27. März 2014 zum 14. Kinder- und Jugendbericht in Dietzenbach durchgeführt hat.

untergeht; das widerfährt gelegentlich sogar den Berichten von Enquete-Kommissionen wie der zum demographischen Wandel.

Grundsätzlich haben die sogenannten „Gesamtberichte“ eine schlechtere Rezeptionschance als jene, die einem besonderem Thema gewidmet sind. Nur zur Erinnerung: SGB VIII legt im § 84 fest, dass in jeder Legislaturperiode ein Jugendbericht von einer Expertenkommission zu erstellen sei; „jeder dritte Bericht soll einen Überblick über die Gesamtsituation der Jugendhilfe vermitteln“ (SGB VIII, § 84, Satz 1), wobei die Lebenslage junger Menschen grundsätzlich umfassend und nicht bloß in Problem- und Hilfebereichen beobachtet werden soll. Wie die Kommissionen zusammen gesetzt werden, bleibt ein wenig kontingent, sogar die Regel hat Gewicht verloren, nach der paritätisch Vertreterinnen der Wissenschaft und der Jugendhilfepraxis berufen werden sollen. Übersehen wird in der Öffentlichkeit meist, dass die Kommissionsmitglieder ehrenamtlich wirken und ihre Beiträge in ihrer Freizeit schreiben, gestützt immerhin auf Expertisen, die für den Bericht eingeholt werden. Dem Deutschen Jugendinstitut ist die Rolle der Geschäftsführung zugefallen, zuweilen mit dem Effekt, dass dort weite Passagen der Berichte zumindest redigiert werden. Letztlich ist die Organisationsform völlig überholt und müsste professionalisiert sowie finanziell deutlich besser ausgestattet werden, um eigene Untersuchungen anregen und durchführen zu können. Bislang sind nur Sekundäranalysen möglich, eine eigene empirische Forschung hingegen nicht; immerhin können die Jugendberichte als Forschungskompendien gelesen und genutzt werden, zumal sie zuweilen relevante internationale Befunde auf die deutsche Situation projizieren. Auch der neue Bericht bietet eine Fundgrube für einschlägige Einsichten und Befunde zur Situation von Kindern und Jugendlichen, in vieler Hinsicht sogar mehr als die scholar ausgerichteten Bildungsberichte, die zudem deutlich normativ ausgelegt sind, sowohl in ihren Kompetenzerwartungen wie bei den Befunden, die sich auf Testleistungen stützen.

2. Der 14. Kinder- und Jugendbericht gehört zu jenen, die bislang eher zurückhaltend wahrgenommen werden. Er liegt seit dem Frühjahr des letzten Jahres vor, rutschte aber in das Ende der Legislaturperiode, das der Wahlkampf überschattete. Ein wenig überrascht die späte Übergabe, weil der Kommissionsvorsitzende, Reinhard Wabnitz, aufgrund seiner früheren Tätigkeit im Ministerium mit den Gegebenheiten dort vertraut sein musste; man hätte erwarten können, dass er den Bericht noch so rechtzeitig der Regierung vorlegt, um diesen im Parlament zu diskutieren. Das ist bislang nicht geschehen, bedingt durch den Wechsel im Ministerium; so lächelt im Vorwort noch Kristina Schröder, obwohl doch längst Manuela Schwesig

das Zepter schwingt, ohne bislang viel zu Fragen der Jugendhilfe gesagt zu haben. Doch selbst in der Fachdiskussion hat der Bericht bislang keinen erkennbaren Widerhall gefunden, wobei er sicher nicht einfach in die Schubladen gesteckt wurde – mit über 500 Seiten gelingt das nämlich gar nicht so leicht, zumal er aufgrund des Hochglanzpapiers ziemlich schwerge- wichtig ausgefallen ist. Wenn Forschung und Lehre ihn nicht aufgenommen haben, dann liegt das vermutlich daran, dass die starre BA-/MA-Struktur mit ihren fest geschriebenen Modulen nur selten erlaubt, aktuelle Debatten und Publikationen aufzunehmen. Das Lehrsystem ist schlicht und einfach krank gemacht worden und geht an den Bedürfnissen und Notwendigkei- ten guter Ausbildung vorbei – so überrascht es nicht, wenn die Träger der Sozialen Arbeit zunehmend selbst die Ausbildung in die Hand nehmen.

Zunächst aber ein Blick auf die Grundkonstruktion des Jugendberichts. Er ist als ein allgemeiner Bericht angelegt, der die Lebenslage und die Situation von Kindern und Jugend- lichen umfassend zu beschreiben und zu analysieren versucht. Sieht man von der vorange- stellten Stellungnahme der Bundesregierung und der Zusammenfassung ab, ist er in vier gro- ße Abschnitte gegliedert, die einem Deduktionsprinzip folgen. Sie gehen von einer allgemei- nen Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklung über allgemeine Befunde zur Lebenslage von jungen Menschen hin zur Jugendhilfe: *Teil A* macht Kindheit und Jugend im Wandel prinzipiell zum Thema und versucht eine Rahmentheorie anzubieten, um die geänderten Sozi- alisationsverhältnisse zu beschreiben und zu deuten. Strukturbildend wirkt zunächst die Idee der geteilten oder – besser - gemeinsamen Verantwortung, mit der sich Öffentlichkeit und Familien als die dem Bereich des Privaten zugeordneten Akteure jungen Menschen zuwen- den. Dabei wird das Dual von Öffentlichkeit und Privatheit als unzureichend verstanden und durch das Konzept des Wohlfahrtspluralismus ersetzt. *Teil B* richtet dann die Aufmerksamkeit auf die konkreten Lebenslagen junger Menschen in unterschiedlichsten Handlungsfeldern. Dabei wird eine integrative Perspektive entwickelt, um die unterschiedlichen Sozialisations- instanzen aufzunehmen werden, was allerdings dazu führt, dass der Jugendbericht eine leichte Schlagseite hin zur Schule gewinnt. Das mag realistisch sein, bedeutet aber, dass die System- logik von Schule latent dominant wird. Bemerkenswert ist allerdings, wie die jungen Erwach- senen in den Blick genommen werden – sowohl jene, die in den Bereich der beruflichen Bil- dung gehen, wie auch diejenigen, die studieren. Das ist fast revolutionär, reagiert auf die ent- wicklungspsychologische Einsicht von der langen „winding road to adulthood“ (vgl. Arnett 2004), die bis ins dritte Lebensjahrzehnt reicht, sowie auf die Tatsache, dass junge Menschen dieser Altersgruppen in besonderen Maße von Armut betroffen sind; wobei übrigens noch

offen bleiben muss, ob diese im Querschnitt erkennbare Armutssituation sich auf diese Altersgruppe beschränkt oder nicht doch ihre Verstetigung zu befürchten ist. Es könnte sein, dass die heute als arm erkannten jungen Menschen dies auf Dauer bleiben – Beobachtungen in den südeuropäischen Krisenländern und in Frankreich lassen das befürchten. *Teil C* richtet die Aufmerksamkeit endlich auf die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe. Dabei fällt sofort ins Auge, wie der Jugendbericht ausführlich die Struktur der Finanzierung von Jugendhilfe und ihre Ausgabenentwicklung sowie die Personalsituation in diesem Feld dokumentiert, noch in den Tendenzen zur Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse (vgl. S. 283). Insbesondere macht die „indexierte“ Auflistung den Kostenanstieg für die Jugendhilfe deutlich (vgl. S. 268 f.). Kritiker sehen darin zwar die Gefahr, einer Ökonomisierung des Nachdenkens über Kinder- und Jugendhilfe Vorschub zu leisten. Doch taugt dieser Einwand nicht, einerseits weil ökonomische Kenndaten bislang immer eine Rolle gespielt haben, aber intransparent geblieben sind, andererseits weil man sich keine Illusionen darüber erlauben darf, in welchem Ausmaße Kinder- und Jugendhilfe benötigt wird. Im *Teil D* werden unter der Überschrift „Wege zu einer aktiven Gestaltung des Aufwachsens“ dann eher programmatische Überlegungen angestellt, die in einem Dekalog mit zehn Spiegelstrichen enden – mit einem besonderen Verweis darauf, dass die Kommunen finanziell gestärkt und die Jugendämter in ihnen „zu strategischen Zentren für die Gestaltung des Aufwachsens weiterentwickelt werden müssen“ (S. 418).

3. Andere „Allgemeinberichte“ haben Schwerpunkte gebildet, ein solches Leitthema findet sich im 14. Kinder- und Jugendbericht prima facie nicht – schon gar keines wie das der Gesundheit und des Wohlbefindens, das der (spezialisierte) 13. Kinder- und Jugendbericht angeschlagen hat. Dennoch lässt sich als Hintergrundmotiv die neue Konstellation von Verantwortung feststellen, welche – so die Grundannahme des Berichts – die Wahrnehmung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Organisation ihres Aufwachsens bestimme. Der Bericht prüft, wie sich die Lebenslage von Kinder- und Jugendlichen als Ergebnis eines politischen Willens verändert hat; alle Abschnitte nehmen das Wort „Wandel“ auf. Allerdings finden sich kaum Annahmen darüber, ob und wie dieser Wandel und der ihn befördernde politische Wille selbst noch einzuordnen oder begründet sind. Eine solche Erwartung scheint etwas unbillig gegenüber einer sozialwissenschaftlichen Beschreibung und der ihr folgenden Analysen, drängt sich aber auf. Denn indirekt finden sich Hinweise, darauf etwa, wie der demographische Wandel dazu führt, dass junge Menschen für eine Gesellschaft

wichtiger und wertvoller werden, weil sie nun als – wie der Bericht mehrfach sagt – „öffentliches Gut“ betrachtet werden, dessen Existenz allen nützt (S. 39). Schon in der Wortwahl transportiert dies eine Interpretation, wenn nicht sogar eine Entscheidung, über die man nachdenken muss: Wenn Politik und Öffentlichkeit ihr Handeln gegenüber der jungen Generation vorrangig daran ausrichten, dass diese ein öffentliches Gut seien, dann stellt sich nämlich sofort die Frage, ob und wie weit damit eine ethische oder bloß eine ökonomische Kategorie gemeint ist. Und selbst als ethischer Kategorie müsste man wohl entgegenhalten, dass die Rede vom *Gut* Züge einer Objektivierung enthält.

Vorrangig besteht das Interesse des Berichts darin, ein Jahrzehnt allerdings tiefgreifender Veränderungen zu dokumentieren, in welchen sich die Rahmenbedingungen des Aufwachsens massiv und in nahezu jeder Hinsicht verschoben haben, weg von einer eher familiär orientierten Konstellation hin zu einer, in der öffentlich organisierte Formen des Aufwachsens dominieren. Der Bericht interpretiert dies modernisierungstheoretisch (vgl. S. 63). Als Referenzpunkt dient ihm der 11. Kinder- und Jugendbericht, der die Frage nach einer neuen Definition von Aufmerksamkeit und Verantwortung aufgeworfen hat. Der 14. Bericht zeichnet diese Veränderung nach, zuweilen nicht frei von positiven und positivistischen Tönen, eher theorielos und in nicht immer konsistenter Kompilation von unterschiedlichen thematischen Abrissen, die mit einigen Redundanzen einher geht. Man hat den Eindruck, dass eine abschließende Diskussion gefehlt hat; der Zeitpunkt seiner Abgabe legt der Verdacht nahe, dass der Bericht nicht wirklich fertig geworden ist.

Eher theorielos – eine solche Behauptung ist selbstverständlich ungerecht und auch falsch. Eine tragende Rolle spielen die rechtlichen Grundlagen des Feldes. Vor allem liegt dem Bericht das Konzept des Wohlfahrtspluralismus zugrunde: Den Ausgangspunkt bildet die Kritik, dass das den 11. Kinder- und Jugendbericht tragende Dual von Öffentlichkeit und Privatheit, mithin von Staat und Familie weder ausreicht, um die Vielzahl der Akteure im Feld des gesellschaftlichen Umgangs mit Kindern und Jugendlichen zu erfassen, noch in der Lage ist, den Vermittlungen und Verknüpfungen angemessen nachzugehen, die zwischen staatlichem Handeln und Familien begegnen; es geht darum, der „Verschränkung von Sektorlogiken“ und der „Herausbildung hybrider Organisationsstrukturen in den einzelnen Handlungsfeldern“ nachzugehen (S. 69). Die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit reiche dafür weder theoretisch hin, noch werde sie der Empirie mit ihren „neuen Mischungsverhältnissen“ (S. 63) gerecht. Der 14. Bericht macht dies beeindruckend deutlich in seiner Diskussion des Begriffs der Öffentlichkeit, weniger scharf skizziert er allerdings den Begriff

des Privaten, der schließlich ebenfalls eine differenzierten Analyse bedarf (vgl. z. B. Geuss 2013). Private und öffentliche Verantwortung bei der Organisation von Wohlfahrt realisiert sich nämlich in unterschiedlichen Formen, wie sie in den vier entscheidenden Sektoren möglich sind, nämlich durch den Staat, im Markt mit den Unternehmen, im „Dritten Sektor“ zivilgesellschaftlicher Akteure wie etwa den Wohlfahrtsverbänden, endlich in den „Gemeinschaften“, die von Familien bis zu Selbsthilfegruppen reichen (S. 71).

Taugt diese Rahmung wirklich? Der Bericht selbst verweist schon auf die besondere Rolle des Staates, der einerseits – in unterschiedlichsten Formen – das Verhältnis zwischen dem Ganzen einer Gesellschaft und den Einzelnen regelt, andererseits zudem als Steuerungsinstanz wirkt (vgl. S. 70), dabei aber massive Widersprüche erzeugt; grob formuliert verlangt er beispielsweise nach dem Einzelnen als Unternehmer seiner selbst, um sogleich wieder die Subjekte zu kontrollieren und zu disziplinieren. Ebenso wenig darf die Rolle der Unternehmen unterschätzt werden, wie sich im Übergang von Schule zur beruflichen Bildung zeigt. Völlig außer Betracht bleibt die „fünfte“ Instanz, nämlich die Medienöffentlichkeit, die längst eine entscheidende Rolle bei der Definition von Problemlagen, Hilfebedürftigkeit und Hilfe-notwendigkeit spielt, dabei die Akteure der anderen Sektoren vor sich hertreibt. Man darf sich nichts vormachen: Die Debatte um den Kinderschutz wäre weniger aufgeregt geführt worden, wenn sich nicht die Medien massiv eingeschaltet hätten, auch um den Preis einer Realitätsverzerrung, etwa bei den Zahlen getöteter Kinder. Es verblüfft schon ein wenig, dass und wie die Erregungs- und Aufmerksamkeitsgesellschaft mit ihren „Blödmaschinen“ ignoriert wird, obwohl sie maßgeblich zur Veränderung des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen beigetragen hat, wie sich an der praktisch folgenreichen Etablierung des Akronyms „PISA“ im kollektiven Bewusstsein zeigt.

Dennoch: Wie immer man im Einzelnen zu den dokumentierten Entwicklungen stehen mag, ob man von einem überfälligen und verspätet nachholenden Geschehen sprechen möchte oder doch von einer grundlegenden Veränderung in der Politik des deutschen Sozialstaats, deutlich wird in jedem Fall eine Dynamik, die mit massiven Anstrengungen und Aufwendungen einhergeht; es bestätigt sich, was ausländische Beobachter vermerken und zuweilen sogar als deutsches Wunder loben, im Inland jedoch oft genug nur als belastende Reform und vor allem häufig als unzureichend beurteilt wird: Insbesondere im Bereich der Pädagogik der frühen Kindheit aber auch bei der Etablierung von Ganztagsangeboten verblüfft einen schon der jüngere Reformprozess. Als Beispiel können etwa die frühen Hilfen genannt werden, die vor wenigen Jahren nicht einmal als Begriff bekannt waren. Jedenfalls dokumentiert der Bericht –

und darin liegt ein unbestreitbares Verdienst - eine allerdings fast dramatische Veränderung, die er selbst als Vergesellschaftung des Aufwachsens interpretiert (vgl. S. 62). Das freilich kann man dann doch unterschiedlich lesen, nämlich auch als eine Einbettung der jungen Generation in eine kapitalistische Ordnung mit allen Konsequenzen, die daraus entstehen – etwa der Zurichtung aller Beteiligten für den Arbeitsmarkt. Monieren wird man also, dass der Veränderungsprozess vergleichsweise unkritisch vorgetragen wird, noch bis in die wirtschaftlichen Indikatoren des Vorgangs. Als konkretes Beispiel lässt sich die Auseinandersetzung mit dem Übergang von Schule in die Berufsausbildung nennen, die nach allem verfügbaren Wissen vorrangig durch die Arbeitskraftbedürfnisse der Unternehmen gesteuert wird. Davon ist aber keine Rede, obwohl die Implikationen nicht unerheblich sind: Was sich gegenwärtig als Erfolgsgeschichte präsentiert (und gerne mit der niedrigen Quote bei arbeitslosen Jugendlichen geschmückt wird), kann wohl schnell kippen.

Dennoch irritiert Kinder- und Jugendbericht in mancher Hinsicht: Erst nach intensiver Lektüre und längerem Nachdenken fällt einem sein zentrales Defizit auf – und man darf vermuten, dass die beteiligten Autoren mit der Blindheit der Selbstverständlichkeit geschlagen waren: Der Begriff der Verantwortung bleibt ungeklärt, obwohl er denn doch prima facie mit einigen Problemen einhergeht. Meinen kann er ein durchaus unklares Gefühl wie eine materiale Zuständigkeit, mehr oder naturwüchsig entstanden, frei übernommen, aus moralischen oder ethischen Gründen, vielleicht aus professioneller Verpflichtung. Er kann sich auf eine – im strengen Sinne – eher religiöse, mithin soziale Haltung oder auf eine klar definierte Aufgabe beziehen, er kann praktisch sich auf Begleitung, Unterstützung, aber eben auch Überwachung, Kontrolle und Disziplinierung beziehen, endlich die ordnungsgemäße Durchführung einer Leistung meinen. Das bleibt unthematisiert, auch und besonders in den Folgen, die spätestens dann sichtbar werden, wenn etwa kollektive Erwartungen an besondere Gruppen wie Eltern gerichtet werden, diesen aber die Rahmenbedingungen fehlen, um ihren „Pflichten“ dann überhaupt nachzukommen – Pflichten, die dann etwa durch soziale und kulturelle Aspirationen verbindlich gemacht werden.

Obwohl der Bericht immer wieder auf die Ambivalenzen des Geschehens hinweist und negative Effekte vermerkt, kann man sich des Eindrucks – oder vorsichtiger: eines Gefühls – nicht erwehren, mit einer Art Schönwetterbericht konfrontiert zu sein. Berichtet wird von der Modernisierung der Lebensbedingungen junger Menschen, immerhin gelegentlich von möglichen Nebenfolgen, wenig aber davon, was sie denn nun eigentlich für die Qualität des Lebens junger Menschen bedeuten. Immerhin hält der Bericht ausdrücklich fest, dass die

Ausweitung öffentlicher Sozialisations- und Bildungsangebote – vorsichtig formuliert – nur bedingt dazu beiträgt, Ungleichheit aufzuheben; die Gerechtigkeitslücke wird nicht geschlossen, vermutlich wohl, weil Gesichtspunkte der ökonomischen Funktionalität dann doch dominieren: So „hat sich die Hoffnung, dass die Ausweitung der Inanspruchnahme öffentlicher Angebote fast automatisch zu einem Ausgleich herkunftsbedingter Benachteiligungen und einer Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern aus weniger privilegierten Verhältnissen führt, bislang nicht erfüllt. Teilweise scheint das Gegenteil der Fall zu sein.“ So wurden „Ungleichheiten nicht verringert, sondern [...] bestehende Ungleichheiten tendenziell verstärkt, da die wohlfahrtsstaatlichen Angebote von verschiedenen Gruppen unterschiedlich genutzt werden und Logiken und Erwartungen auf Seiten von Familien und Institutionen zum Teil auseinanderklaffen“ (S. 247). Bedingt sei dies durch selektive Zugänge zu Angeboten, durch Qualitätsunterschiede in den Institutionen und durch Habitusdifferenzen (ebenda). Dieser Befund gibt allen Anlass, über die sozialpolitische und gesellschaftliche Entwicklung nachzudenken. Sie steht eigentlich für einen Skandal.

Die Grundaussage des Berichts lautet jedenfalls, dass die Frage nach den jungen Menschen und ihrem Aufwachsen, nach– wie die in mancher Hinsicht doch seltsame, aber etablierte Formel neuerdings lautet – Bildung, Betreuung und Erziehung „im Zentrum der Gesellschaft“ angekommen sei, dass die öffentlich verantwortete, organisierte, institutionell und professionell betriebene Arbeit mit jungen Menschen eben normal geworden sei. Aber was heißt das eigentlich und was bedeutet es für die Betroffenen wie für diejenigen, die professionell mit ihnen umgehen? Oder mehr noch: Wird die so in Anspruch genommene Metaphorik nicht eigentümlich widersprüchlich? Denn das Zentrum einer Gesellschaft, wenn es denn überhaupt, allzumal in den eher brüchigen und flüchtigen Gegenwartsgesellschaften identifiziert werden kann, bildet einen Ort, mit Normalisierung von institutioneller Betreuung aber ist doch ein Vorgang gemeint, der sowohl viele Biographien trifft und gewissermaßen ubiquitär stattfindet – sofern man nicht ohnedies einem Normalisierungskonzept folgen will und muss, wie es Link entwickelt hat.

Ob Zentralstellung und Normalisierung nun wirklich eingetreten sind, darüber kann man ohnedies trefflich streiten; vielleicht handelt es sich um das Pfeifen im Wald. Der Bericht stützt sich gerne darauf, dass Medien sich der Thematik stärker annehmen – aber streng genommen geht es da regelmäßig um die Berichte über sogenannte Bildungsrankings oder um Skandalisierung von Fällen. Allzumal in der Praxis der Kommunen ist das Bild zumindest als changierend zu bezeichnen. Noch einmal: Nicht bestreiten lässt sich, dass im Bereich der

Elementarpädagogik, der frühen Kindheit und der Kindergartenpädagogik Außerordentliches passiert ist, dass die frühen Hilfen in einem fast atemberaubenden Maße ausgebaut worden sind, nicht bestreiten lässt sich der Ausbau der Ganztagschulen. Aber damit wissen wir noch nicht viel über das Ausmaß der Problemlagen, die einen solchen Ausbau vielleicht geradezu erzwingen, noch können wir eine Aussage über die Qualität der Angebote machen. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: So sind zwar die Bereiche für Kinder der Gruppen *Unter 3* und *Unter 6* in Ostdeutschland nahezu flächendeckend ausgebaut (wobei, nebenbei gesagt, hier schlicht eine Tradition fortgeführt wird, die nun gesamtdeutsch zu einer Erfolgsgeschichte verrechnet wird), doch sind dort die Betreuungsrelationen als eher problematisch anzusehen, ganz abgesehen davon, dass bei den freien Trägern überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse herrschen. (Ein großer Träger nimmt beispielsweise als selbstverständlich hin, dass die Beschäftigten im KITA-Bereich Nebenjobs annehmen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, Tarifeinkommen wird nur von ganz wenigen gewährt.). Junge Menschen ganztägig zu betreuen, sagt nichts darüber aus, ob eine sinnvolle Unterrichtsorganisation, ob beispielsweise eine sinnvolle Rhythmisierung des Unterrichts erfolgt.

4. Methodisch betrachtet ist der Bericht sehr breit angelegt, beschreibend, allerdings weniger analytisch: er dokumentiert eine Entwicklung, die er recht positiv bewertet. Die Breite wird schon daran ersichtlich, dass die Veränderungen in Deutschland sogar in einen globalen Zusammenhang gestellt werden. Eher zurückhaltend, genauer: generalisierend und statistisch gestützt erfasst er Problemlagen und Problemgruppen, einmal weil sie gar nicht so einfach zu identifizieren sind, dann weil er sich bewusst darüber ist, dass die üblich gewordene Etikettierung von Risikogruppen oder als gefährdet hochbrisant ist und eher als Stigmatisierung wirkt statt als kluge und hilfreiche Erfassung von möglichen Belastungssituationen. Interessant ist übrigens, dass die Debatte von Armut und sozialer Ungleichheit nicht im Vordergrund steht – man kann erwarten, dass das noch zum Anlass zu scharfer Kritik gibt, zumal die Aussage ein wenig euphemistisch klingt, nach der „die soziale Ungleichheit - trotz oder gerade vor dem Hintergrund der Heterogenisierung von Soziallagen und der Pluralisierung von Lebensstilen keineswegs verschwunden ist“ (S. 75). (Um aber keine Missverständnisse auszulösen: Strukturell lassen sich etwa materielle und Einkommensbenachteiligung gar nicht anders als statistisch erfassen, anzuregen wäre aber eine weiter gehende qualitative Erweiterung der Perspektive, um Bewältigungsstrategien und Ressourcen zu erkennen). Endlich: weil er so breit ausgreift und die Lebenslage der jungen Menschen insgesamt erfassen will, rückt der Bericht den

Bereich der – in einem strengen Sinne des Wortes - Kinder- und Jugendhilfe ein wenig in den Hintergrund; erst recht gilt dies für die Hilfen zur Erziehung. Dieser Bereich ist klug und differenziert beschrieben, man hat fast den Eindruck einer trotz steigender Nachfrage ruhigen Entwicklung. Man kann das als Entdramatisierung werten, die ein wenig dem kontrastiert, was in der Praxis so zu hören ist – zu denken wäre an die häufig berichteten Verschiebungen zu Lasten von ambulanten Hilfen, dann an die immer wieder aufflammenden Debatten um freiheitsentziehende Maßnahmen. Unabhängig davon bedeutet jedenfalls diese Zurückhaltung, dass man bei der Frage nach den Hilfebedarfen und möglicherweise neuen Hilfeformen nur bedingt auf den neuen Kinder- und Jugendbericht zurückgreifen kann.

In diesem sozialwissenschaftlichen und vorrangig berichtenden Zugang liegt mithin ein Problem für unsere Fragestellung nach den möglicherweise neuen Bedarfen und neuen Hilfeformen. Man darf sich da nichts vormachen: Abgesehen davon, dass der Zeitraum von knapp zehn Jahren zu kurz ist, um überhaupt Perspektiven entwickeln und Prognosen abgeben zu können, bleibt der leitende Befund selbst schlicht und einfach eher diffus. Er lautet nämlich, dass der jungen Generation mehr Aufmerksamkeit denn jemals zuvor gilt, dass sich zwar der Blick nun auf Kindheit und Jugend als zudem erweiterte Lebensphasen richtet, dass aber das Gesamtsystem zugleich auch hochgradig diffus sei. Nimmt man insbesondere die vergleichsweise ausführlichen Überlegungen zum Wohlfahrtspluralismus, um von daher sozusagen Rahmungen für die Weiterentwicklung zu gewinnen, wird man schnell zum Ergebnis kommen, dass vieles denkbar ist – und zwar nicht bloß weil Bedarfe entstehen, sondern vor allem weil nun unterschiedliche Akteure auch mit unterschiedlichen Eigeninteressen das Feld der Kinder- und Jugendhilfe bestellen. Zugleich bleibt aber eben offen, wo künftighin Problemlagen zu erwarten sind.

Schlicht und einfach nur als Behauptung steht übrigens da, dass der Bericht aus der Perspektive junger Menschen als Akteuren geschrieben sei – das funktioniert schon deswegen nicht, weil das Leitmotiv eben darin besteht, der Frage nach der gemeinsamen oder geteilten Verantwortung und Aufmerksamkeit aufzunehmen und zu verfolgen. Und vielleicht lässt auch der gelassen sozialwissenschaftliche Blick gar nicht zu, den Blick der Kinder und Jugendlichen auf ihre eigene Lebenslage aufzunehmen. Dennoch: man muss das schon monieren, weil sich eine Tendenz doch widerspiegelt, Kinder und Jugendliche eben nicht als Subjekte mit individuellen Lebensgeschichten wahrzunehmen, sondern als Adressaten, die am Ende auch den Preis zahlen; etwa wenn ihnen die Ausweitung von Schule schlicht verfügbare Zeit nimmt (vgl. S. 167). Kinder und Jugendliche gelten eben nur noch als Investitionsobjekte

einer Gesellschaft, die noch jeden und jeden nur als Humankapital im schlechtesten Sinne des Ausdrucks versteht – und dabei zugleich in die Gefahr gerät, nicht mehr ernsthaft über faktisch repressive Formen des Umgangs zu reden. Es gibt ja Formen der Aufmerksamkeit und sogar der Verantwortung, die mit zunehmender Überwachung, Kontrolle und Disziplinierung einhergehen, unbemerkt, weil doch alle Beteiligten meinen, das Beste zu tun und dabei die Handlungs- und Spielräume, vor allem die Freiheit der Betroffenen massiv einzuschränken.

5. Welche Perspektiven eröffnet der Jugendbericht für die Entwicklung und möglicherweise den Ausbau der Hilfen zur Erziehung?

- Zunächst ist deutlich, dass es weiterhin und wohl sogar noch mehr um eine Entwicklung des gesamten Systems der Kinder- und Jugendhilfen gehen muss, die das Aufwachsen junger Menschen umfassend im Blick hat; einzelne Hilfeformen treten demgegenüber in den Hintergrund, sie werden vermutlich künftig eher nachfragebedingt und wahrscheinlich sogar kurzfristig etabliert – im Konzept des Wohlfahrtspluralismus bedacht geschieht dies möglicherweise sogar weniger auf der Ebene der Gemeinschaft oder der Zivilgesellschaft sondern durchaus mit unternehmerischen Absichten. Im Grundsatz ist also verlangt, was sich als Aussage des Berichts und als seine Hintergrundphilosophie schon angedeutet hat, nämlich die Aufmerksamkeit für die junge Generation schlechthin, ihre gute Entwicklung, ihr Wohlbefinden sowie ihre Bildung. Der Blick auf das Ganze verlangt dann fortzuführen, was sich ebenfalls schon andeutet, nämlich engere Vernetzungen der für das Aufwachsen Zuständigen, Kooperation der unterschiedlichsten Hilfesysteme, vor allem jedoch eine Flexibilität der Hilfesysteme auf allen seinen Ebenen. Der Bericht spricht das an, vermutlich aber doch nicht energisch genug. Der alles entscheidende Faktor für die künftige Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe wird schlicht und einfach das werden, was der schöne, aber verharmlosende Ausdruck „demographischer Wandel“ bezeichnet. Um nicht missverstanden zu werden: er geht nicht mit dem Untergang von Gesellschaft und Kultur einher, wird aber nach sich ziehen, dass wir – verschärft übrigens durch regionale Disparitäten – auf allen Ebenen aller sozialen, pädagogischen und gesundheitlichen Hilfesysteme neue Organisationsformen finden müssen: wir müssen über die Angebotstrukturen nachdenken. Wir müssen über die Personalentwicklung nachdenken. Wir müssen interne Flexibilität in den Einrichtungen erreichen – und wissen noch nicht, wie das mit Fachlichkeit einhergeht. Vielleicht werden mobile Kinder- und Jugendhilfestationen notwendig, wie dies schon in der medizinischen Versorgung passiert.

Wir müssen über neue Vernetzungen und Bündnisse nachdenken, auch darüber, wie wir materielle und personelle Ressourcen entdecken, von denen wir heute noch keine Ahnung haben.

Unklar bleibt, ob das wirklich gelingt – man muss nicht nur sehen, dass der Aufwand dafür erheblich ist, dass nicht zuletzt unterschiedliche Professionen miteinander agieren müssen. Wie schwer es aber fällt, das Verhältnis von Kinder- und Jugendhilfe einerseits, den Angehörigen des Gesundheitssystems, der Kinder- und Jugendpsychiatrie andererseits zu gestalten, hat der 13. Kinder- und Jugendbericht gezeigt. Ebenso wenig darf man sich viel über das Verhältnis vormachen, das zwischen den Angehörigen des Schulsystems und der Kinder- und Jugendhilfe besteht; die gesetzlichen Regelungen des Kinderschutzes eilen da der Wirklichkeit weit voraus, der Normalfall bleibt bis heute, dass Lehrerinnen und Lehrer oftmals von der Existenz der Kinder- und Jugendhilfe schlicht nichts wissen. Hinzu kommt, dass – und hier schweigt sich der 14. Bericht vollkommen aus – die für das Aufwachsen zuständigen Systeme schon in sich widersprüchlichen Imperativen gehorchen müssen. Zwar sollen Schulen Heterogenität berücksichtigen, zugleich aber unterliegen sie den zunehmend implementierten Standards, mit dem Effekt, dass Testresultate am Ende so verrechnet werden, dass Rankings entstehen. Die – notabene: empirisch gewonnene – Erfahrung zeigt, dass und wie Schulen deshalb auf allen Stufen dazu tendieren, schwierige und auffällige Kinder möglichst schnell zu segregieren; gegenwärtig geschieht dies vor allem mit dem Hinweis von Lehrerinnen und Lehrern, dass ein Kind vielleicht doch von der ADHS betroffen sein könne und sich die Eltern um Abklärung, Diagnose oder die schnelle, hausärztliche Verschreibung von Methylphenidat (vulgo: Ritalin) kümmern sollen – selbst wenn dies alles nach den Kriterien von ICD X oder DSM IV bzw. DSM V schlicht nicht zulässig ist. Kurz und gut: selbst wenn man der Behauptung zustimmt, dass das Aufwachsen und Entwicklung der Kinder als Gesamtzusammenhang schon wahrgenommen wird, muss man mindestens ebenso konzедieren, dass dieser Zusammenhang doch auch arg brüchig ist. Das bedeutet nicht nur, dass der Blick auf das Ganze, dass Kooperation eine Aufgabe ist, die eher erst noch zu verwirklichen wäre, vielmehr muss man aufpassen, was sozusagen innerhalb des Gesamtsystems dann doch wieder an Aufgaben entsteht und der Hilfen bedarf. Das gilt übrigens auch für das Zusammenspiel von Schule und Jugendhilfe – Christian Lüders hat schon vor einiger Zeit aufmerksam darauf gemacht, dass Ganztagschule eben doch dropouts produzieren, die auf Unterstützung und Hilfe durch Kinder- und Jugendhilfe angewiesen sind. Man kann sich überhaupt nicht sicher sein, ob sich dies nicht sogar verstärken wird. Denn eine Ganztagschule betreibt dann eben den ganzen Tag, was Schule betreiben muss, nämlich Leistungsbewertung und Selektion, wie subtil dies ge-

schehen mag, für die Soziale Arbeit und Sozialpädagogik stellt dies eine massive Herausforderung dar, weil sie nun Schülerinnen und Schüler möglicherweise bewerten muss, manchmal sogar „Kopfnoten“ zu vergeben hat. Nicht nur, dass somit die Handlungslogik der Schule dominiert, vielmehr erodieren so die Vertrauensgrundlagen von Kinder- und Jugendhilfe. Nicht minder problematisch scheint zu sein, die Übergänge zwischen den einzelnen Elementen allein des Systems der Hilfen zur Erziehung zu gestalten, etwa wenn es darum geht, dass ein junger Mensch aus stationären Hilfen in selbstbestimmtes Wohnen oder wieder in den familiären Zusammenhang zu kommen. Wie sehr das Schwierigkeiten bereitet, hat ja das A-BIE-Projekt gezeigt.

- So scheint es in der Tat wichtig, den Gesamtzusammenhang des Aufwachsens im Blick zu behalten. Hier unterschätzt der Bericht möglicherweise die Frage nach Inklusion, damit auch das Problem der großen Lösung; sie klingt eigentlich nur nebenbei an, was ironischerweise die später entstandene Vereinbarung der Großen Koalition vorweg nimmt; dort taucht diese Perspektive gar nicht auf, obwohl man nicht hoffen kann, dass dies aus Einsicht in die Unklarheiten geschieht, die mit Inklusion verbunden sind. Zu vermuten ist jedoch, dass diese Frage zumindest in der nächsten Jahren beschäftigt wird, wohl mit offenem Ausgang. Aber wenn das Aufwachsen von jungen Menschen und eine mögliche Neugestaltung von Hilfen bedacht werden soll, dann wird die Problematik der behinderten Kinder und Jugendlichen Gewicht erhalten – selbst wenn die Lösungen eher hilflos wirken.

Zu diesem Themenbereich gehört allerdings auch die Frage danach, ob ein solcher Gesamtzusammenhang des Aufwachsens wirklich gegeben ist, ob er nicht intern vielleicht nur als Trugbild besteht oder die Jugendhilfe sogar wieder auseinander fällt. Man muss vermuten, dass hier – wie übrigens der Bericht selbst andeutet – neue Aufgaben entstehen, Formen der Moderierung von Übergängen und der Begleitung junger Menschen im System. Das verlangt professionelle Unterstützung und kann – hier ist der Skepsis des Berichts zuzustimmen – vermutlich nicht mit der Zufälligkeit ehrenamtlicher Scouts geschehen. Mehr noch: man sogar vermuten, dass das gesamte System mittelfristig zwar mit dem Anspruch auftritt, normal und umfassend für Kinder und Jugendliche sorgen zu können und zu wollen, aber intern so differenziert und spezialisiert wird, dass es seinem eigenen Anspruch dann nicht mehr genügen kann – wobei darin ein Effekt des Wohlfahrtspluralismus liegen kann. Nicht zuletzt gehört zu diesen inneren Disparitäten und Spannungen des Jugendhilfesystems, dass sich diejenigen vor allem durchsetzen, die mit der besten Öffentlichkeitsarbeit aufwarten. Faktisch kommt also auf die je zuständigen Fachkräfte des Jugendamtes oder des Sozialen Dienstes die Aufgabe

zu, sich noch mehr orientieren zu müssen, wo angemessene und gute Hilfe gefunden wird, wo normalisierte Angebote bestehen, wie vor allem Übergänge bewältigt werden können.

- In diesem Zusammenhang wird aber wichtig, was die fachliche Diskussion zunehmend bewegt, nämlich die Frage nach Instrumenten, die gewissermaßen zwischen den Verantwortlichkeiten zur Wirkung kommen und darauf gerichtet sind, das Wirken der öffentlichen Instanzen zu kontrollieren. Dabei geht es sowohl um die Auseinandersetzungen über verweiger- te Hilfen, wie darüber, ob und was in diesen geschieht. Das eine Stichwort hier lautet Om- budsstellen. Wer über neue Formen der Hilfen nachdenkt, kommt um diese Thematik gar nicht herum, obwohl man einwenden kann und muss, dass es eigentlich gesetzlicher Auftrag sei, das Wohlergehen der Kinder so umfassend sicherzustellen, dass es „externer“ Beobachter und Vertreter nicht bedarf. Dennoch. Offensichtlich genügen die professionellen Regeln hier nicht. Das andere Stichwort erinnert an die Debatte um Übergriffigkeit, verweist aber letztlich auf die Frage nach der pädagogischen Qualität. Vermutlich werden hier neue Organisations- formen nötig, weil institutionalisierte Sozialisation ein gerüttelt Maß an Gefährdungen birgt. Ohnehin birgt die Rede von der Verantwortung für das Aufwachsen die Gefahr, das instituti- onelle Setting mit professionellen Kräften zu privilegieren. Kinder und Jugendliche ertragen aber organisiertes und erzwungenes Gruppenleben unterschiedlich (was übrigens weder im Jugendbericht noch in der fachlichen Debatte ernsthaft aufgenommen wird). Zudem müssen Institutionen darauf hin geprüft werden müssen, ob und wie weit sie hospitalisierende Effekte erzeugen. (Dass davon nicht mehr gesprochen wird, heißt noch lange nicht, dass sie nicht ein- treten. Die im Bericht erwähnten Daten des NICHD belegen neben allen positiven Auswir- kungen institutioneller und professioneller Erziehung übrigens, dass die messbaren Stresswer- te bei entsprechend betreuten Kinder höher liegen als bei jenen, die nur in der Familie auf- wachsen – und zwar dauerhaft.) Anders gesagt: es wird weniger darum gehen, neue Hilfeform- en zu entwickeln – das geschieht wohl eher naturwüchsig -, mehr und umfassend wäre über Instrumente nachzudenken, die das System erträglich machen.

- Indirekt deuten sich im Bericht Verschiebungen in der Klientel und Korrekturen der aktuel- len Entwicklungen an: Nach dem Boom der frühen Hilfen, nach der Aufmerksamkeit für die ersten Jahre der Kinder und den Elementarbereich wird sich die Aufmerksamkeit doch wieder mehr den jungen Menschen zuwenden müssen, die als „Lückekinder“ gelten und dies wieder geworden sind. Sie sind vergessen, obwohl sich Auffälligkeiten in diesem Alter der Acht- bis Zwölfjährigen zeigen und sie wohl häufiger in Beratungsstellen auftreten und erzieherische Hilfen benötigen, zudem darf nicht vergessen werden, dass die Veränderungen im Bildungs-

system sie besonders belasten, so zum Beispiel die Einführung von zwei Fremdsprachen in den Jahrgangsstufen fünf und sechs. Obwohl umstritten lässt sich zudem der frühere Eintritt in die Pubertät nennen, so dass die Kinder zwischen neun und dreizehn Jahren vermehrter Aufmerksamkeit bedürfen. Für sie wird ein Angebot dringlich.

Hervorzuheben ist übrigens, dass und wie der Bericht wieder den Blick auf Jugendliche richtet. In der öffentlichen und sogar in der fachlichen Diskussion sind diese nämlich zuletzt fast vergessen worden, sowohl bei der Jugendarbeit wie in den erzieherischen Hilfen, obwohl der Bedarf ungebrochen ist. Die Ganztagsangebote der Schule reichen nun doch nicht aus, selbst wenn man konzedieren muss, dass das Verhältnis zwischen Eltern und Jugendlichen sich entspannt hat. Jugendpolitik tut jedenfalls not, wie der Bericht zu recht fordert. Lernen kann man am Bericht zudem, wie die Situation von jungen Erwachsenen mehr Aufmerksamkeit benötigt. Wenn man die entscheidenden entwicklungspsychologischen Befunde über die Verlängerung des Jugendalters (übrigens bis in das dritte Lebensjahrzehnt hinein) aufnimmt, wird die Frage nach Angeboten und Leistungen für die über 18jährigen wieder zum Thema werden. Bei den Hilfen zur Erziehung kann man vermuten, dass zum einen Zwischenformen zwischen ambulanter und stationärer Hilfe wichtig werden, wie sie in Gestalt der Tagesgruppen bislang gegeben sind. Auch wird wohl die Jugendarbeit wieder zum Leben erweckt werden müssen – und zwar nicht zuletzt aus Gründen des Gemeinwohls. Übrigens ist zur Zeit gar nicht entschieden, ob nicht das gesamte Schulsystem eine Rolle rückwärts macht, wie sich jetzt in mehreren Bundesländern bei den Gymnasien andeutet. Für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums wird dabei mit den Freizeitaktivitäten der Jugendlichen argumentiert – was möglicherweise Folgen für den Ganztagsbetrieb nach sich ziehen kann. Ohnedies ist zu erwarten, dass die Kinder- und Jugendhilfe mehr mit den jungen Menschen zu tun hat, die am Schulsystem und in diesem scheitern – mit der Folge, dass neue Hilfskonzepte und –angebote organisiert werden müssen.

- Den Jugendbericht zeichnet aus, dass er differenziert über Öffentlichkeit und öffentliche Verantwortung spricht, dabei aber Fragen nach dem Kern öffentlicher Erziehung vermeidet; er debattiert sozusagen Zuständigkeiten und Rahmungen, lässt das allerdings heikle Thema aus, ob es nicht so etwas wie eine inhaltliche Wirkung öffentlicher Praktiken und Debatten auf Kinder und junge Menschen gibt. Das Problem liegt darin, dass dies in den Szenarien von Erziehungskatastrophen und den Klagen über einen vorgeblichen Mangel an Disziplin, in Forderungen nach Werten und Normen zwar immer wieder anklingt, dann aber gerne als ein Problem abgewiesen wird, das in pluralen Gesellschaften und Kulturen jedoch unlösbar wäre.

Ironischerweise könnte man sowohl über die Geltung der Diagnose wie über die Behauptung streiten, dass sie nicht zuträfe oder nicht zu bewältigen sei. Anders formuliert: Vielleicht besteht in dieser Gesellschaft bei aller Heterogenität doch sehr viel mehr sogar traditionsgestützte Gemeinsamkeit, auch und besonders, wenn es um den Nachwuchs geht; in ihrer überwiegenden Mehrheit wollen Eltern beispielsweise, dass es ihren Kindern gut geht und diese so vorbereitet werden, dass sie Erfolg im Leben haben. Was nun öffentlich verhandelt wird, kommt dann durchaus auch bei den Familien an, wie sich in der geradezu kollektiven Reaktion auf die durch das Programme for International Student Assessment ausgelösten Debatten zeigt – noch bis in das Phänomen hinein, dass die in diesem Zusammenhang geäußerte Kritik an der vorgeblich verspäteten Einschulung von Kindern in Deutschland zumindest kurzfristig einen Trend zur frühen Einschulung ausgelöst hat. Kurz und gut: man sollte in Erwägung ziehen, ob nicht doch so etwas wie ein mit Öffentlichkeit verbundenes Klima an pädagogischer Aufmerksamkeit und Bereitschaft besteht, sich auf einschlägige Frage einzulassen.

Das würde bedeuten, über Öffentlichkeit doch noch in einem weiteren, gewissermaßen auf Diskurse abhebenden Sinn nachzudenken. Damit verbunden stellt sich allerdings noch einmal die Frage nach dem Privaten, nach der Familie: Deutlich ist jedenfalls, dass bei der Entwicklung der Hilfen zur Erziehung die Beziehung zu den Eltern und zu den Familien noch mehr als bisher zu diskutieren ist. Der Bericht und die Erfahrung legen nahe, dass und wie die Arbeit mit Familien ein neues Gewicht bekommt, wobei kritische Aufmerksamkeit Not tut. Der Jugendbericht verweist etwas lakonisch darauf, dass es gute Erfahrungen in der Arbeit mit Eltern und Familien gibt, die Praxisberichte gehen hingegen weit auseinander, von den Erfolgsgeschichten etwa im präventiven Kinderschutz bis zu den Berichten über geradezu erschütternde Konflikte, die aus den Strukturdifferenzen zwischen Familie und Hilfesystem entstehen. Gemeinsame Verantwortung sollte jedenfalls nicht dazu führen, dass die Öffentlichkeit, dass mithin als staatlich wahrgenommene Instanzen vorrangig Familien kontrollieren und Pflichtverletzungen durch Eltern wahrnehmen, während diesen gute Unterstützung fehlt – in der Tat muss hier die Rolle der Erziehungsberatung geprüft werden, weil diese zunehmend in einem klinisch-psychologischen Setting operiert und insofern hohe Zugangsschwellen errichtet, während es möglicherweise doch um die Bewältigung von lebensweltlichen und alltäglichen Problemlagen gehen muss.

- Auch dieser Kinder- und Jugendbericht legt nahe, dass die Kinder- und Jugendhilfe sich mehr auf Angebote und Leistungen einrichten muss, die mit jungen Menschen aus Familien arbeiten, die Migrationserfahrungen haben. Das ist schlicht objektiv wohl gegeben, wie die im

Bericht genannten Zahlen zeigen, das hat auch damit zu tun, dass das so umfassend erscheinenden System öffentlich eben mit verantworteter Sozialisation zumindest die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen nicht besonders freudig aufnimmt und empfängt, das hat aber auch damit zu tun, dass die innerfamiliären Strukturen in Migrationsfamilien an Kompliziertheit und Komplexität noch einmal heftiger als all das sind, was wir kennen. Um das nur einmal an einem Beispiel einer russischen Einwanderungsfamilie anzudeuten: Die Kinder scheitern in der Schule, obwohl hoch intelligent, aber verhaltensoriginell, ihre Eltern sind hoch vermögend, modern, aber geschäftlich überbeansprucht und entsprechend wenig anwesend, die Großeltern erziehen in Formen, die man als zaristisch-konservativ und autoritär bezeichnen darf. Da muss man dann erst Ordnung hereinbringen.

Eine letzte Problematik bedarf der Erwähnung, nämlich der dann doch brisante Befund, dass der Bedarf an Hilfen zur Erziehung steigt, obwohl die Zahl der Minderjährigen zurück geht (p 295). Man braucht nicht viel Mut um zu ergänzen: Dieser Trend wird vermutlich anhalten, obwohl (oder weil) die frühen Hilfen Risikogruppen identifizieren, obwohl Kinder frühzeitig und ganztägig betreut werden, obwohl Ganztagschule Familien entlasten. Man muss sich aber schon fragen, was man aus einer solchen Beobachtung lernen kann, allzumal über die Problemlagen, die das Aufwachsen junger Menschen bestimmen. In der Tendenz geht der Bericht davon aus, vor allem die Brüchigkeit von Familien als entscheidend anzusehen, dann auf die Veränderungen hinzuweisen, die er mit dem – allerdings etwas seltsamen - Ausdruck Mediatisierung bezeichnet, also auf die neuen, über Medien hinweg konstruierten Gleichaltrigenkulturen. Ob das nun hinreicht, um ernsthaft die Lebenssituation von jungen Menschen zu charakterisieren, wäre zu prüfen. Es könnte beides zutreffen, dass nämlich einerseits die neue Aufmerksamkeit auf junge Menschen und die zunehmende Organisation ihrer Lebenslagen allzumal unter gesellschaftlichen Nützlichkeitsersparungen schlicht selbst die Krankheit wird, die das System eigentlich heilen soll. Und dass andererseits in diesem System kaum mehr ein Raum bleibt für das, was entwicklungspsychologisch als entscheidend für das gute Aufwachsen bezeichnet wird, nämlich für die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Vielleicht machen junge Menschen die Erfahrung von Brüchigkeit und Flüchtigkeit in gesellschaftlichen Verhältnissen, von Instabilität und Beschleunigung, von Prekariät und zuweilen brutaler Ausgrenzung. Soziologische Studien zeigen das schließlich doch einigermaßen nachdrücklich. Manche Kinder und Jugendlichen bewältigen das gut, ganz und gar unheroisch, wie Dornes zeigt, allzumal wenn sie in ihren Familien geborgen aufwachsen. Andere scheitern an den damit verbundenen Herausforderungen und zerbrechen. Das könnte

bedeuten, dass über Kinder- und Jugendhilfe doch noch einmal ganz anders nachzudenken wäre, nämlich nicht über zielgenaue und wirksame Hilfen, sondern über Räume für ein ruhiges und geschütztes Leben und Aufwachsen.

6. Diese letzte Anmerkung führt zu fünf grundlegenden Überlegungen, die sich bei der Lektüre oder - besser - nach der Lektüre des Kinder- und Jugendberichts aufdrängen. Sie sind ein bisserl ungewöhnlich – aber die Qualität eines Textes erweist sich schließlich auch in dem Potenzial an Anregungen, die er dem Denken gibt.

- Erstens schwankt er zwischen dem Anspruch auf Allgemeinheit und dem Befund der Vielfalt und Ungleichzeitigkeit in diesem System, bzw. genauer: dies als ein Problem markiert. Dabei fällt auf, dass er zwar mit der Frage nach der Verantwortung diesem Problem entkommen will, damit aber nur eine Art Rahmung anspricht. Ungeklärt bleibt hingegen, was in anderen Zusammenhängen gerne als die Grundphilosophie oder die gemeinsam geteilten Annahmen in einem Unternehmen oder System bezeichnet wird. Der Jugendbericht sieht diese Schwierigkeit übrigens und spricht explizit davon, dass die Ziele und die normativen Grundlagen des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen zu klären sind. Die Frage lautet also – um Friedrich Schleiermacher zu zitieren: Was will denn eigentlich die ältere Generation mit der jüngeren? Bis auf ganz wenige Ausnahmen vermeidet der Bericht das Wort *Pädagogik*. Da ist viel von *Bildung* die Rede – und es wird erfreulicherweise daran erinnert, dass Bildung nicht auf Schule zu reduzieren sei, wenngleich offen bleibt, was der anspruchsvolle Begriff nun meinen soll. Noch bedeckter hält sich der Bericht, wenn es um *Betreuung* geht und verschweigt, dass da eigentlich nicht mehr als die Versorgung Unmündiger gemeint sein kann, einen ziemlichen Ausfall notiert man endlich in Sachen *Erziehung*.

Nun kann man das als philosophische Begriffsklauberei vermerken. Aber damit ist es halt doch nicht getan. Denn es treten zwei Grundprobleme auf, die indirekt anklingen, beispielsweise dort, wo der Bericht *Entprofessionalisierung* moniert, etwa bei einem Kinderschutz, der sich auf Manuale und Checklisten reduziert (S. 296): Zum einen lässt sich fragen, ob man über das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen überhaupt reden kann, ohne doch einen Entwurf von gelungenem menschlichem Leben oder einer guten Gesellschaft zu haben oder wenigstens zu ahnen. Der 13. Kinder- und Jugendbericht war doppelt richtungsweisend, weil für ihn normativ das Wohlbefinden im Zentrum stand, mithin eine Vorstellung von einem guten Leben, dann aber die Perspektive der Salutogenese sowie der damit verknüpfte des capability approach andererseits – der im vorliegenden Bericht widersprüchlich

bewertet wird. Mit Salutogenese und capability approach ist aber das zweite Problem verknüpft. Welche Vorbehalte man gegenüber diesen haben mag, lassen sich doch beide Konzepte als Grundidee einer Pädagogik lesen, die menschliche Entwicklung im sozialen Kontext zum Thema hat. Eine solche pädagogische Grundidee geht dem aktuellen Bericht ab, möglicherweise fehlt sie in der Realität der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen sowie der Jugendhilfe. Der 14. Jugendbericht gibt sich zufrieden damit, dass das sozialisatorische System nun einigermaßen angewachsen und umfassend geworden ist, dass die Verantwortung irgendwie aufgeteilt wird, während ansonsten halt die möglichen Rand- und Friktionsprobleme zu bewältigen sind (vgl. z. B. S. 372). Sehr hart formuliert: der Bericht ist durch und durch positivistisch, wenn es um die äußere Organisation und die Grundprinzipien der Institutionalisierung und Professionalisierung geht; am Ende lassen sich noch die „Wege zu einer aktiven Gestaltung des Aufwachsens“ aufzählen, während offen bleibt, was die Akteure nun ernsthaft antreibt – allzumal in einer Situation, in der die bisherigen Zuständigkeiten und professionellen Identitäten herausgefordert sind (S. 255).

Anders gesagt: Der Bericht wirft implizit (und mit dem Verweis auf „pädagogische Qualität“ [S. 401] explizit) die Frage nach dem Sinn oder nach der inneren Überzeugung auf, von welchen die Beteiligten in ihrer konkreten Praxis bewegt werden – und vergisst sie dann wieder. Das ist nicht trivial, sondern verweist auf das fachliche Grundverständnis, aus dem heraus die Arbeit mit jungen Menschen sich begreifen und gestalten lässt – aber einen solchen grundlegenden Handlungssinn fordert die Praxis zumindest der Kinder- und Jugendhilfe zunehmend selbst. Ihr reichen weder Daten noch jene normativen Vorgaben, die von politischen Programmen gesetzt werden, schon gar nicht technische Anweisungen. Sie fragt vielmehr nach leitenden und konzeptionellen Vorstellungen. Denn diese sind offensichtlich notwendig, einerseits gegenüber der Tatsache der Normalisierung des Geschäfts und andererseits gegenüber den Spezialisierungen, die sich in ihrer Entwicklung oftmals nicht nachvollziehen lassen. Kurz und gut: Wir sollten und müssen darüber nachdenken, was Pädagogik eigentlich bedeutet, wir müssen darüber nachdenken, dass und wie Pädagogik mit Individualität verbunden ist, mit konkreten Subjekten, deren Lebenslage und Biographie wir verstehen und auf die hin wir agieren müssen – und das bedeutet übrigens etwas anderes als der seltsam verkürzte Diskurs über Heterogenität, in dem ja einerseits die konkrete Verschiedenheit mit ihren Bedürfnissen und Eigenheiten zum Verschwinden gebracht wird, in dem andererseits die Differenz nur als Instrument der Leistungssteigerung möglichst für alle thematisch wird. Faktisch ist das erstaunlich inhuman, weil Individualität eben nur noch instrumentell gefasst wird, weil

es vor allem die Realität der Lebensbedingungen sowohl belasteter wie auch behinderter Kinder und Jugendlicher nicht einmal zur Kenntnis nehmen will.

- Zweitens – etwas kürzer, weil schon auf die Erfahrung der Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen als den eigentlichen Motor guter Entwicklung hingewiesen wurde. Sowohl im Bericht wie in der Praxis scheint die Aufgabe aus dem Blick zu geraten, die mit dem Begriff der Partizipation bezeichnet ist. Hier muss die Kinder- und Jugendhilfe außerordentlich aufpassen, ganz besonders in Gefolge der Debatten um Übergriffigkeit und Missbrauch in Einrichtungen. Ihr Paradox scheint nämlich darin zu bestehen, dass Transparenz und wirksame Partizipation zwar das vielleicht sogar entscheidende Gegengift gegen Übergriffigkeit darstellen, dass zugleich aber die Praxis auf eher formale Regelungen und Kontrollmechanismen umgestellt hat, in welchen die Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen nur mehr eine untergeordnete Rolle spielt. Mehr als das: Eine gute Kinder- und Jugendhilfe lässt sich weder mit ihrer letztlich ordnungspolitischen Leistung für die Pazifizierung von Gesellschaft noch damit begründen, dass sie die Nützlichkeit des *Gutes* Kinder und Jugendlichen befördert. Sie muss sich stattdessen als guter Lebensort für junge Menschen beweisen – und das verlangt, dass sie strikt auf Einhaltung einer demokratischen Lebensform achtet, dass sie mithin Partizipation zum obersten Prinzip des pädagogischen Handelns macht. Das ist der Ausweis ihrer fachlichen Qualität!

- Drittens geht es jedoch nicht nur um den Verlust an Subjektivität, an Mitwirkung und Teilhabe – wie sehr sie doch überall beschworen wird, in Akten purer Heuchelei. Denn in Wirklichkeit ist Partizipation nur als die Mitwirkung des Konsumenten gefragt – und weil genau dies hinter der Inklusionsdebatte steht, muss man dem 14. Kinder- und Jugendbericht hoch anrechnen, dass er diese Debatte umgeht. Aber er erinnert an ein Problem, das er vielleicht unterschätzt. Die Verfügung über Kinder und Jugendliche, als Modernisierung der Sozialisationsverhältnisse gewürdigt, schränkt die Möglichkeiten ein, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren, freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen (vgl. S. 167). Der Satz: Die Hütte brennt, kein Ball geht mehr ins Tor (Winkler 2011), hat vielleicht doch mehr Wahrheitsgehalt, als man auf den ersten Blick vermutet. Tatsächlich leiden Freiwillige Feuerwehren unter Nachwuchsmangel und klagen Sportvereine darüber, dass junge Menschen den Weg zu ihnen nicht mehr finden, ganz abgesehen davon, dass Ganztagschulen die Sporthallen in der Zeit blockieren, in welchen das Training mit den Kleinen stattfinden könnte. So verweist der Freiwilligen-Survey darauf, dass Schülerinnen und Schüler des G8 deutlich weniger ehrenamtlich engagiert sind. Dabei hat das Problem eine grundsätzlichere Dimension:

Es geht um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Man mag Vereinsaktivitäten lächerlich finden, das Engagement in ihnen gehört zu den entscheidenden Erfahrungs- und Lernfeldern, die von der Gesellschaft angeboten werden und diese strukturell stützen.

- Viertens wäre die Grundannahme des Berichts noch einmal zu bedenken, nach der die Verantwortung für das Aufwachsen neu geteilt worden sei, die Öffentlichkeit sich mehr als bisher engagiere, dafür die Familien stärker kontrolliere. Diese werden aber nicht nur als Risiko überwacht, vielmehr muss gesehen werden, wie sie in ganz erheblichem Maße belastet werden; zwar sind die Transferleistungen an Familien beachtlich, dennoch sind die Kosten massiv gestiegen, die den Eltern auferlegt sind. Da ist ein böses Spiel entstanden: Denn die Öffentlichkeit standardisiert geradezu Anstrengungen und Investitionen für Kinder, die dann von den Eltern zu bewältigen sind – übrigens mit dem Effekt einer voranschreitenden sozialen Spaltung, die man durchaus als „Bildungsangst“ (Bude 2011) beschreiben kann. Mehr noch: Es deutet sich durchaus an, dass und wie die jungen Menschen selbst die Zeche für ein Menu zahlen, das andere für sie bestellt haben. So sehr der Jugendbericht also verlangt, die Situation junger Menschen umfassend in den Blick zu nehmen, verengt er diesen sofort, wenn es darum geht, längerfristige Effekte aufzunehmen, die sich zumindest in anderen Ländern schon zeigen. So gibt es viele Hinweise darauf, dass die Steigerung höherer Abschlussabschlüsse – immerhin im Rahmen der wachsenden Aufmerksamkeit auf das nützliche Gut Kinder lautstark gefordert – zu deren faktischen Abwertung führt, zugleich aber bedeutet, dass die berufliche Bildung nicht in dem Maße mehr in Anspruch genommen wird, wie es eine mittelständisch geprägte Wirtschaft benötigt. (Nebenbei verweist dies auf die hochproblematische Funktion der Wirtschaftsverbände und ihrer Öffentlichkeitsagenturen im Rahmen des Wohlfahrtspluralismus, sie haben schon die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten gefordert, um jetzt bitter zu beklagen, dass die jungen Menschen nicht reif genug für die Jobs seien.) Vor allem jedoch muss gesehen werden, dass und wie die jungen Menschen am Ende selbst und ein Leben lang für die Ausbildung bezahlen, die sie genossen haben. Zwar zeichnen sich noch nicht die englischen Verhältnisse ab (vgl. Boffey 2013), doch sollte man sich schon vor Augen halten, dass auch hierzulande Studienkredite abzuzahlen sind.

- Fünftens muss man endlich kritisch über das Bild von gesellschaftlicher Entwicklung nachdenken, das im Bericht genutzt wird – in gewisser Weise rutscht der Bericht schon ein wenig ins Fahrwasser des Postdemokratischen. Er scheint nämlich durchaus gefährlich, fast ein wenig naiv sogar, wenn er über die gesellschaftliche Entwicklung und ihre Folgen für das Aufwachsen spricht, ohne zumindest alternative Deutungen zumindest zu erwägen. So wird der

Ausbau allzumal der Frühpädagogik durchgängig gelobt und hervorgehoben, als Nachholeffekt gegenüber anderen Ländern, etwa gegenüber Skandinavien. Er wird in Verbindung gebracht mit einem Wechsel im Verständnis des Sozialstaates von einem Vorsorgestaat hin zu einem enabling state.

Doch über diesen Wechsel muss man vielleicht gar nicht diskutieren. Den Ausbau der öffentlichen Sozialisation und Bildung kann man aber erst angemessen verstehen, wenn man zugleich in Rechnung stellt, wie dieser Ausbau einher geht mit einer ökonomischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Die skeptische Frage lautet also: Geht es nun tatsächlich um einen paradigmatischen Wechsel oder geht es zwar um einen Wechsel, der aber nur realisiert werden kann unter der Bedingung wirtschaftlicher Prosperität. Erst vor diesem Hintergrund kann man aber beurteilen, ob es sich um eine qualitativ relevante Erfolgsgeschichte handelt oder bloß um einen Luxus, den sich das Land gegenwärtig erlaubt, der aber ganz schnell wieder rückgängig gemacht wird, wenn die Ressourcen dünner werden, die dafür in Anspruch genommen werden. Darin zeigt sich die Brisanz eines Zugangs, der das Aufwachsen junger Menschen schlicht und einfach von einer ökonomisch definierten Konjunktur abhängig machen will und dafür den Preis bezahlt, dass die ökonomischen Vorgaben und solche nationaler Wettbewerbsfähigkeit maßgebend werden. Die Konsequenzen eines solchen Zugangs lassen sich in zwei Dimensionen verfolgen: Die eine zeigt sich allzumal im Bildungssystem, wo eine größere Anzahl von höheren Qualifikationen die Lage der Menschen in der – wie sie inzwischen heißt – global auction nicht unbedingt verbessert – ganz abgesehen davon, dass die individuelle Prosperität ebenso wenig sicher gestellt ist. Die andere Dimension verweist auf die schon angesprochenen Debatten darüber, was wir als gute Gesellschaft empfinden und was uns als ein gutes Leben erscheint. Dabei kann man sich gar nicht sicher sein, ob sich nicht eben gegenüber den bislang dominierenden ökonomischen Definitionen von Wohlstand eine Wende vollzieht, die mit dem wachsenden Bewusstsein von der Endlichkeit der Ressourcen, von möglichen Umweltkatastrophen zu tun hat, die zudem mit einer Skepsis gegenüber den Folgekosten der Modernisierung einher geht. Übrigens in ambivalenter Weise: Wenn man die Propaganda der in Europa zunehmend erfolgreichen Parteien des rechten Spektrums ansieht, dann spielt Modernisierungskritik eine gehörige Rolle ebenso wie die Auseinandersetzung mit einer Individualisierung, bei der menschliche Lebens auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet wird. Solche Entwicklungen sind zweifellos antimodern ausgerichtet, lassen sich aber nicht bloß Wiedergeburt konservativen Denkens, schon gar nicht als bloßer Ausdruck reaktionärer Haltungen interpretieren, wie dies bislang damit geschieht, dass sozusagen ein Drittel der Bevöl-

kerung oder mehr dem rechten Lager zugeordnet wird. Die Entwicklungen müssen schon ernster genommen werden und vielleicht besser von den rassistischen und ethnophoben Tendenzen unterschieden werden, die in ihrem Zusammenhang freilich begegnen.

Was hat das mit dem 14. Kinder- und Jugendbericht zu tun? Seine Grundannahme könnte fragwürdig sein – und zwar nicht normativ, sondern im Blick auf ihre empirische Grundlage. Die Annahme nämlich, welche die Verschiebung hin zu öffentlich bestimmten Sozialisations- und Bildungsprozessen modernisierungstheoretisch als gleichsam irreversiblen Fortschritt sieht, als frei von Optionen und insofern auch von Konflikten annimmt. Ironischerweise könnte nämlich zumindest eine Ambivalenz mit der Aufwertung des *Gutes* Kind verbunden sein – die sich übrigens insofern schon andeutet, als den Eltern durchaus massive finanzielle Belastungen auferlegt werden. Dem erhöhten Aufwand der öffentlichen Hand korrespondieren Kosten für die Familien, die im Bericht seltsam verschwiegen werden, obwohl sie nun einen guten Teil der Realität von geteilter Verantwortung ausmachen. Familien und Eltern zahlen durchaus die Zeche für ein Programm gemeinsamer Verantwortung, bei der die Zielvorgaben aber durch den Staat und durch die Unternehmen gesetzt werden. Wenn aber nun Kinder als ein Gut verstanden werden, als ökonomisch wichtig, wird es gar nicht so unwahrscheinlich, dass Eltern sozusagen „mehr“ von ihren Kindern haben wollen – eben weil sie doch viel in diese investieren. Der Bericht deutet dies übrigens mehrfach an, wenn von Ungleichheiten die Rede ist.

Aber die Überlegung muss ein wenig weiter ausgreifen: Die gestiegene öffentliche Verantwortung hat viel damit zu tun, dass insbesondere Frauen die Beteiligung am Arbeitsmarkt sicher gestellt sein soll; die ganze Entwicklung, frühe institutionelle und ganztägige Betreuung kleiner Kinder, Ganztagschulen für die Kinder und Jugendlichen kommt ja nicht zuletzt auf Druck der Unternehmen zustande, die die am Arbeitsmarkt verfügbare workforce sichern oder erweitern wollen – über die Gründe dafür mag sich jeder seinen Reim machen, instruktiv sind Aussagen führender Wirtschaftsinstitute, die längst von einer *Fachkräftelüge* sprechen. Spätestens unter Krisenbedingungen, gleichwohl in der Logik einer Betrachtung von Kindern als Investitionsobjekten und endlich sogar dort, wo die Frage nach dem guten Leben aufgeworfen wird, entsteht dann aber ein ganz neuer Druck, wieder über Familie und über Erziehung als ureigenste Angelegenheit der Eltern, über andere Formen von Gemeinschaft nachzudenken. Das ist keine Spekulation, sondern zeigt sich schon geraume Zeit in unserem für seine Betreuungsmöglichkeiten für Kinder berühmten Nachbarland Frankreich; dort gibt es eine Tendenz, den Nachwuchs nicht mehr bedingungslos an die Grand Nation

abzuliefern und sich nicht mehr dem Druck zu beugen, dass Berufstätigkeit für das Leben allein maßgebend sei (vgl. Moulin 2013).

Kurz und gut: wir müssen wohl darüber nachdenken, ob die Vergesellschaftung der Erziehung allein die Dynamik des Geschehens bestimmt oder ob nicht andere Faktoren eine wichtige Rolle spielen – unter anderem vielleicht eine sehr viel archaischere Vorstellung von Familie. Und das ist wichtig, wenn es um Perspektiven für das Aufwachsen von Kindern geht..

Literatur

- Arnett, J. J.: Emerging Adulthood. The Winding Road from Late Teens through the Twenties. Oxford: University Press 2004.
- Boffey, D.: Middle-class young ‘will fare worse than their parents’. In: The Observer 12.Oct. 2013. <http://theguardian.com/society/2013/oct/12/middle-class-young-people-future-w...> (13.10.2013).
- Bude, H.: Bildungs-panik. Was unsere Gesellschaft spaltet. München 2011.
- Dornes, M.: Die Modernisierung der Seele. Kind – Familie – Gesellschaft. Frankfurt am Main 2012
- Geuss, R.: Privatheit. Eine Genealogie. Frankfurt am Main 2013.
- Hornstein, W.: Jugendforschung und Jugendpolitik. Entwicklungen und Strukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Weinheim und München 1999.
- Moulin, M.: Liebe auf Distanz. In: Zeit-online, 13.Sept 2013. <http://www.zeit.de/2013/37/frankreich-kinder-staatliche-fruehfoerderung/komplettansi....> (5.1.2014).
- Winkler, M.: Die Hütte brennt – kein Ball geht mehr ins Tor. Schulen und Vereine – Gegner oder Kooperationspartner. In: Paritätinform Baden-Württemberg. Sep. 2011, S. 22-24.

Summary

In any legislative period a report has to be presented to the German parliament dealing with the situation of children and youngsters as well with the achievements of the youth welfare service. The 14th Children and Youth Report, published at the beginning of the last year but not realised by the public discourse until now, is not focussed on a special subject (as, for example, the 13th report was analysing the health condition of young people). It delivers a broad and rather optimistic view to the changes youngsters have to undergo in the last decade, caused by a new understanding of the importance of education. The report uses the idea of welfare pluralism to show how responsibility for the growing up and education is nowadays shared between society and families, between state, economy and civil organisations. The report offers good data and a remarkable information base but critical remarks have to be made about his restricted view of participation.